Mikrofilmarchiv der deutschsprachigen Presse e.V.

Bezugspreis vierteljährlich: Ausgabe A (ohne „Wochenschau") in Münster zweimal täglich frei ins Haus gebracht 2 Mk. 10 Pfg., — auswärts von der Post abgeholt 2 Mk. 10 Pfg., durch den Briefträger gebracht überall, wo nur einmal im Tage Briefbestellung stattfindet, 2 Mk. 52 Pfg., in Orten mit zwei- und mehrmaliger Bestellung 2 Mk. 82 Pfg. — Ausgabe B (mit „Wochenschau") vierteljährlich 60 Pfg. mehr.
Fernspr.: Redaktion u. Verlag Nr. 2448, 2449 u. 2450.
Geschäftsstelle (Michaelisplatz 9) Nr. 78.

Münsterischer Anzeiger

Zwei Ausgaben täglich. und Münsterische Volkszeitung. 45158 Abonnenten.

Anzeigen: Der Raum für die Anzeigenspalte, 37 mm breit, 2,2 mm hoch, 25 Pf.; bei Anzeigen aus dem R.-Bz. Münster 20 Pf., aus der Stadt Münster 15 Pf. (für Aktiengesellschaften rc., Vereine und Behörden 25 Pf.; Reklamen: Der Raum für die Reklamespalte, 87 mm breit, 2,2 mm hoch, 1 Mk. — Für Erfüllung von Platzvorschriften wird keine Gewähr, sowie für Druckfehler keine Haftung übernommen. Etwaiger Rabatt gilt als Kassenrabatt u. kann verweigert werden, wenn Zahlung nicht binnen 4 Wochen nach Erhalt der Rechnung erfolgt. — Gebühr für Beilagen nach Gewicht

Zweite Ausgabe. Freitag, 19. Januar 1917. 66. Jahrgang. Nr. 43.

Der See- und Handelskrieg.

London, 18. Jan. (WTB.) Lloyds melden: Der englische Dampfer „Master" ist nach einem Zusammenstoß gesunken. Vier Personen kamen ums Leben.

Organisation des U.-Bootkrieges in Frankreich. Paris, 18. Jan. (WTB.) Goude, Deputierter von Brest, hat einen Beschlußantrag auf sofortige Bildung einer von dem Großen Generalstab unabhängigen Amtsstelle zur Organisation eines U.-Bootskrieges für Angriff und Verteidigung, ferner auf Verwertung der Kriegswerften für den Bau von Patrouillenbooten und nötigenfalls von Handelsschiffen, endlich auf Desarmierung der militärisch wertlosen Kriegsschiffe und Verwendung ihres Materials auf dem Lande, sowie auf Handelsschiffen, Patrouillenbooten und Unterseebootsjägern eingebracht.

Bessere Ausnutzung des Schiffsraumes in Frankreich. Paris, 18. Jan. (WTB.) Auf die von dem Abgeordneten Thissier geäußerten Bedenken gegen die Wirksamkeit des Erlasses, wonach künftig Schiffe von über 1000 Tonnen Tragfähigkeit von Privatpersonen nicht mehr gechartert werden dürfen, erwiderte Minister Herriot, er hoffe, durch den Erlaß eine bessere Ausnutzung des verfügbaren Schiffsraumes erzielen zu können. Im Dezember seien nur 1,4 Millionen gegenüber den geforderten 2 Millionen Tonnen Kohlen aus England eingeführt worden. Über die Verwendung der Schiffe mit einem Gehalt von über 1000 Tonnen entscheidet das Bureau der Alliierten in London, wohin alle Gesuche zu richten seien.

Englische Maßnahmen gegen die deutschen Kaperschiffe. London, 18. Jan. (WTB.) „Daily Chronicle" schreibt in einem Artikel über das deutsche Kaperschiff im Atlantischen Ozean, daß die Kriegsschiffe, die nötig seien, um auf dieses Schiff Jagd zu machen, anderer Art seien als die, die zur Bekämpfung von Unterseebooten benützt würden, sodaß die Operationen gegen das Kaperschiff durch die gegen die U-Boote nicht behindert würden.

Versenkt. London, 18. Jan. (WTB.) Lloyds meldet, daß der britische Dampfer „Auchenrag (3916 To.), der dänische Dampfer „Omsk" (1574 To.) und der britische Segler „Kinburney" (1944 To.) versenkt wurden.

Der Krieg im Westen.

♦ **Genf**, 19. Jan. Infolge der Interpellationen in der Kammer und im Senat haben sich mit Zustimmung des Kriegsministers und des Oberkommandierenden 12 Deputierte und 12 Senatoren in das Hauptquartier an die Front begeben.

Kronprinz Rupprecht von Bayern über die Sommeschlacht. Haag, 19. Jan. (TU.) Nach einer Meldung soll der Vertreter der „Newyork Times" in Berlin vor einiger Zeit den Kronprinzen Rupprecht von Bayern besucht haben. Der Kronprinz habe erklärt: Der Kampf an der Somme sei beendet, aber er könne von neuem beginnen und dann dürften die Engländer sehen, daß die Deutschen imstande seien, noch kräftiger Widerstand zu leisten, als vordem. Es habe zu Anfang kritische Augenblicke gegeben, als der Feind an Artillerie und Flugzeugen den Deutschen überlegen war. Jetzt sei man aber in jeder Beziehung vollständig auf alles vorbereitet.

Vom Balkankriegsschauplatz.

Die verfehlten Unternehmungen in Mazedonien.

Bern, 16. Jan. (WTB.) Lyoner Blättern zufolge, haben die neugebildete Kammer und Senatsgruppen für nationale Aktionen gestern in einer einstimmig angenommenen Tagesordnung erklärt, die Regierung habe sich der ihr zufallenden Verantwortlichkeit betreffend die militärische Unternehmung in Mazedonien entzogen, indem sie diese am 2. Dezember 1915 dem Oberkommando unterstellte, daß der Expedition grundsätzlich feindselig gegenüberstand. Verstärkungen und Materialien seien daher stets nur verspätet und widerwillig abgesandt worden. Briand habe später diesen Fehler vor der Kammer eingestanden, sich jedoch geweigert, ihn wieder gutzumachen. Erst als eine Ministerkrise drohte, habe er durch Erlaß vom 22. 12. 1916, durch den das Expeditionskorps direkt dem Kriegsministerium unterstellt wurde, Abhülfe geschaffen. Die Diplomatie Briands gegenüber Griechenland sei eine Reihe halber Maßnahmen gewesen, die die traurigen Dezemberereignisse zur Folge hatten. Die Lage der Orientarmee und in Griechenland machten es dem Senat und der Kammer zur Pflicht, von der Regierung Rechenschaft über die bisherige Handlungsweise und über ihre Absichten für die Zukunft einzufordern. Dieselbe Gruppe verlange ferner die Bildung eines Interalliierten-Bureaus für Flugwesen, damit den hier bestehenden großen Mängeln gesteuert werden kann. Abg. Ferri wird voraussichtlich morgen die Regierung über die Ereignisse in Griechenland interpellieren.

Der Kammerausschuß für auswärtige Angelegenheiten wurde von Briand benachrichtigt, er werde den Antrag des Ausschusses Garrat die erbetenen Schriftstücke über die Ereignisse in Griechenland vorlegen unter dem Vorbehalt, daß geheime und andere Mächte interessierende Schriftstücke nicht bekannt gegeben würden.

♦ **Starke Truppenkontingente auf dem Wege nach Saloniki.** Zürich, 18. Jan. (Ka.) Nach einer Meldung der Blätter aus Mailand stehen in Brindisi derzeit starke Kontingente von 100 000 Mann zum Abtransport nach Saloniki bereit.

♦ **Heftige Beschießung von Monastir.** Berlin, 18. Jan. (Ka.) Die „Mittagszeitung" berichtet über Basel eine zunehmende heftige Beschießung Monastirs. Seit dem 13. Januar dauert schon das Bombardement an.

♦

♦ **Basel**, 19. Jan. Laut „Baseler Nachrichten" schreiben die Petersburger Zeitungen: An der unteren Donau wächst die Bedrohung der Festung Galatz durch die Mittelmächte, ungeachtet aller Gegenstöße.

Die neue russische Gegenoffensive. Wien, 18. Jan. (KG.) Die „Reichspost" meldet: Die Londoner Blätter kündigen mit aller Bestimmtheit neue russische Massen-Gegenoffensiven gegen die Mittelmächte an. Auch in den Karpathen stehe eine Offensive gegen die Österreicher bevor.

Der Vierverband.

Die Vierbunds-Parlamentäre in Berlin. Berlin, 18. Jan. (WTB.) Die „Nordd. Allg. Ztg." schreibt: Am Freitag treffen in Berlin die Präsidenten der Volksvertretungen der mit uns verbündeten Reiche ein. Sie leisten einer Einladung des Reichstagspräsidenten Dr. Kaempf Folge, um in persönlichem Zusammensein einander näher zu treten. Eine Reihe gegenseitiger parlamentarischer Besuche ist vorausgegangen. Zum erstenmal aber treffen jetzt die Präsidenten aller Parlamente in Berlin zusammen. In eindrucksvoller Weise spricht sich darin das nahe und herzliche Verhältnis aus, das zwischen den Völkern unseres Bundes besteht und durch den Krieg zur unverbrüchlichen Festigkeit geschmiedet worden ist. In der Reichshauptstadt heißen wir die Gäste des Reichstagspräsidenten herzlich willkommen. — Die türkische Kammer wird ihren Präsidenten Hadschi Adil Bey zu dieser Zusammenkunft entsenden. Aus Sofia kommt der Präsident der Sobranje Dr. Watschem, aus Budapest in Vertretung des erkrankten Präsidenten der zweite Vizepräsident des ungarischen Abgeordnetenhauses Elemer von Simonifite. In Wien schließt sich den Herren der Präsident des österreichischen Abgeordnetenhauses Dr. Sylvester an.

Frankreich.

Zusammenstoß zweier Militärflieger. Bern, 18. Jan. (WTB.) „Temps" meldet, daß zwei Militärflugzeuge bei Fours zusammengestoßen sind. Der Flugzeugführer Paulin wurde getötet, die drei anderen Flieger sind schwer verletzt.

Auch die französischen Munitionsarbeiterinnen streiken. Bern, 18. Jan. (WTB.) Laut „Journal des Debats" sind nun auch die Arbeiterinnen der Granatenfabrik Billaut wegen Lohnstreitigkeiten in den Ausstand getreten. Bonnet Rouge sagt, daß entgegen anderen Meldungen noch nirgends die Arbeit wiederaufgenommen worden sei. Der vom Munitionsminister ausgearbeitete Lohntarif würde von der Arbeiterschaft nicht günstig aufgenommen, die Ausständigen erklärten, die Tarife nicht anzunehmen und sich ihnen nur im Notfall unterwerfen zu wollen. Das Ende des Aufstandes sei noch nicht abzusehen.

Schweres Eisenbahnunglück in Frankreich. Genf, 19. Jan. Bei dem schweren Eisenbahnunglück, das sich in der Nähe des Pariser Vorortes Massy-Palaiseau ereignete, wurden nach einer Meldung des „Petit Parisien" mehrere Wagen vollständig zertrümmert. In dem verunglückten Zuge befanden sich 70 englische Offiziere und 500 Soldaten, durchweg Urlauber aus Saloniki. Die Zahl der zuerst mit 10 angegebenen Toten vermehrt sich durch das Ableben von Schwerverwundeten, deren Ziffer 30 übersteigt.

England.

Militärdienst und Landwirtschaft in England. Rotterdam, 17. Jan. (WTB.) Die „Nieuwe Rotterd. Courant" meldet aus London: Der Präsident des Ackerbauamtes Protheero teilt mit, er habe vom Kriegsamt die Verständigung erhalten, daß es sich als notwendig herausgestellt habe, die Hälfte der vom Militärdienst befreiten Männer, die in der Landwirtschaft tätig seien, aufzurufen. Es sollen Maßnahmen getroffen werden, um so schnell wie möglich entsprechenden Ersatz zu schaffen. „Daily Chronicle" wendet sich energisch gegen diese Entblößung des Landes von Arbeitskräften. Das Blatt schreibt: Entweder haben wir eine ernste Lebensmittel- und Schiffahrtskrise oder nicht. Wenn eine solche Krise besteht, so ist der Plan, von den schon immerhin entvölkerten Farmhöfen 20 000 bis 30 000 Männer wegzuholen, einfach Wahnsinn. Wenn aber keine Krise besteht, warum hat man so viel Alarm geschlagen, warum ist dann ein Lebensmittelkontrolleur nötig gewesen? Warum essen wir dann Kriegsbrot und warum stellt Protheero selbst die Lage auf unserer Insel als die einer belagerten Stadt hin? Wenn die neue Maßnahme eingeführt wird, so wird nicht nur der organisierten Lebensmittelerzeugung ein schwerer Schlag zugefügt, sondern es wird auch die Bebauung der königlichen Parks usw. unmöglich werden. Das Blatt verlangt die Erhöhung des Dienstpflichtalters.

Amsterdam, 18. Jan. (WTB.) Einem hiesigen Blatte zufolge wird den „Times" aus Delhi telegraphiert, man erwarte, daß unter den Vertretern Indiens auf der Reichskriegskonferenz auch ein eingeborener Indier sein werde. Außerdem erwarte man die Einführung des militärischen Übungszwanges und der Dienstpflicht für Europäer und britische Indier.

Italien.

Streik der Straßenbahnerinnen in Rom. Lugano, 19. Jan. (WB.) In Rom sind die weiblichen Angestellten der Straßenbahn in den Ausstand getreten, wie der „Secolo" meldet, in der Hoffnung, daß die Stadt gezwungen sein würde, an ihre Stelle eine entsprechende Anzahl männlicher Beamten einzustellen, für welche die Befreiung vom Militärdienst gefordert werden müßte.

Amerika.

Zu der Meldung über Lansings Rücktritt meint der Berliner „Lok.-Anz.": Es liege hinreichend Grund zu der Annahme vor, daß sie zutreffend sei. Obwohl Gesundheitsrücksichten als der für Lansings Amtsmüdigkeit eigentlich bestimmende Grund angegeben würde, sei der Rücktritt unter den gegebenen Umständen doch ein Ereignis, das die größte Aufmerksamkeit aller politischen Kreise verdiene und sicher auch finden werde.

Berlin, 18. Jan. (KG.) Der „Voss. Ztg." gehen Nachrichten zu, denen zufolge Bryan von neuem das amerikanische Staatssekretariat des Auswärtigen übernehmen werde. Die Beziehungen zwischen Wilson und Bryan sollen nach der letzten Wahlkampagne wieder sehr eng sein.

Vom Panamakanal. Amsterdam, 18. Jan. Ein Telegramm aus Panama berichtet, daß am Donnerstag kleine Schiffe den Panamakanal passiert hätten. Am Freitag sei ein Durchgang für Schiffe von jedem Tiefgang fertig geworden.

Polen.

Keine zwangsweise Einziehung polnischer Staatsangehöriger. Berlin, 18. Jan. (WTB.) Unter den in Deutschland sich aufhaltenden, im Königreich Polen beheimateten polnischen Arbeitern ist vielfach die Meinung verbreitet, daß ihre zwangsweise Einziehung zum polnischen Heere beabsichtigt sei. Eine solche Absicht besteht nicht. Vielmehr wird darauf hingewiesen, daß sich das polnische Heer nur aus Freiwilligen ergänzt. Alle Gerüchte über eine zwangsweise Einziehung beruhen auf Erfindung oder böswilliger Ausstreuung.

Unsere Verbündeten.

Gebietszugeständnisse an Bulgarien im Falle eines Sonderfriedens mit der Entente. Karlsruhe, 18. Jan. (TU.) Nach dem Moskauer „Utro Rossii" hat die russische Regierung Bulgarien zu verstehen gegeben, Rußland wäre bereit, Bulgarien Gebietszugeständnisse in Mazedonien und in der Dobrudscha im Falle eines Sonderfriedens mit dem Vierverbande zu gewähren. Bisher seien aber alle Versuche in dieser Richtung erfolglos gewesen. Auch gegenüber der Türkei sollen von der russischen Regierung ähnliche Versuche unternommen werden.

Deutsches Reich.

♦ **Kundgebungen zum Erlaß des Kaisers.** Berlin, 18. Jan. (Ka.) Wie wir erfahren, waren bereits am 17. Jan. mehr als 600 Kundgebungen von Verbänden, Gemeinden und Korporationen des Reiches zu dem Erlaß des Kaisers an das deutsche Volk erfolgt.

Der Dank des Kaisers an den Kathol. Frauenbund. Auf das Telegramm des Zentralrates der Frauenorganisationen im Katholischen Frauenbund Deutschlands an den Deutschen Kaiser ist die nachfolgende Antwort eingetroffen: „Pleß Schloß, 14. Januar 1917. Seine Majestät der Kaiser und König haben sich über den lauten Widerhall gefreut, den allerhöchst Ihre an das deutsche Volk gerichteten Worte in den Herzen der katholischen Frauenwelt Deutschlands gefunden haben und lassen für das Gelöbnis treuer Mitarbeit im Dienste des Vaterlandes herzlich danken. Auf allerhöchsten Befehl Geh. Kabinettsrat v. Valentini."

Der neue preußische Wahlrechtsentwurf. Berlin, 18. Jan. (KG.) Die „Voss. Ztg." meldet: Wir erfahren von parlamentarischer Seite, daß die preußische Regierung den Wahlrechtsentwurf bereits fertig ausgearbeitet hat und ihn sofort nach Friedensschluß dem Parlament unterbreiten wird. Über die Einzelheiten des Entwurfes beobachtet die Regierung Stillschweigen.

Es darf aber schon jetzt angenommen werden, daß die Übertragung des Reichstagswahlrechts auf Preußen nicht erfolgen wird. Dagegen wird das geheime und direkte Wahlrecht wahrscheinlich in Verbindung mit dem Mehrstimmenrecht sicher erwartet werden können.

Reichskommissar für Stickstoffwirtschaft. Berlin, 18. Jan. (WTB.) Amtlich. Eine Verordnung des Bundesrats vom 18. 1. 1917 gibt dem Reichskanzler die Befugnis, einen Reichskommissar für Stickstoffwirtschaft zu ernennen. Der Reichskommissar untersteht dem Kriegsamt. Er kann Anordnungen über die Herstellung und den Verbrauch von Stickstoffen, sowie über den Verkehr mit Stickstoff treffen und Auskünfte über Vorräte, Erzeugung und Verbrauch fordern.

Erzeuger-Höchstpreis für Saatgut. Berlin, 18. Jan. (WTB.) Eine Bekanntmachung des Kriegsernährungsamtes setzt die Erzeugerhöchstpreise beim Verkauf von Saatgut für Lupinen auf 80 Mark, für Wicken auf 100 Mark für den Doppelzentner fest.

Balfour an Wilson.

er. **Berlin**, 19. Januar.

Sehet Herrn Arthur James Balfour! Er weiß die Worte zu setzen, besser als der dahingegangene etwas trockene Grey. Balfour, der Neffe Salisburys, hat das Deklamieren in der Schule von Eton und in Cambridge gelernt. Er will in seinem Depeschenbrief an Wilson allem Volke zeigen, daß er im britischen Außenministerium besser am Platze sei als im Marineamt. Es war immer sein liebster Sport, neben dem Golf, in einer Versammlung, vor allem in Westminster, plötzlich aufzustehen und in höflicher Haltung eine unverschämte Rede zu halten, unter einem Deckmantel der Unschuld die schärfsten Beschimpfungen gegen irgendeinen Gegner loszulassen. Die Gegner sind diesmal die Mittelmächte und ihre Friedensnote. Das Publikum, an das hingeredet wird, Präsident Wilson und die amerikanische Öffentlichkeit. Es galt, die brutalen Schmähreden der Demokraten Briand und Lloyd George ins angelsächsisch-aristokratische, ins listigfeine zu übertragen. Balfour, wenn er spricht, trägt so etwas in liebenswürdiger Haltung, die Aufschläge des Gehrockes mit den Händen in Schulterhöhe umklammert, in einem elegantmüden Tonfall vor. Fast in jedem Satz bekommt der Gegner einen vergifteten Stich und der Zuhörer, damit er stark bleibt, ein Stückchen Zucker mit Hofmannstropfen. Die ältesten, blödesten Ladenhüter englischer Kontinentalbetrachtung müssen herhalten, um die Ausfälle zu stützen. Deutschland ist die durch Herrschsucht geleitete Großmacht. Deutschland hielt sich immer abseits, wenn internationale Schiedsgerichtsverträge abgeschlossen wurden. Deutschland hat den Krieg gewollt und planmäßig vorbereitet. Seine Historiker und Philosophen verkünden die Herrlichkeit des Krieges und die Macht als Ziel. Wie der Hase mit Speck, so ist Balfours Kommentar der Ententenote gespickt mit diesen abgegriffenen Redensarten, die nur dann einen Sinn erhalten, wenn man sie auf Englands Eroberungsabsichten und Kriegsziele überträgt. Aber die Frage ist: Werden die Amerikaner die perfide Umwertung merken? Wird Wilson die widerliche Heuchelei entdecken, die dieser Anklageschrift zugrunde liegt?

Die Anklagen sind zweifellos sehr geschickt zusammengestellt, geschickter als in allen Noten und Reden, die bisher auf der Vierverbandsseite zurechtgebraut wurden. Es ist ein süßer Trank, der „den Idealen des Präsidenten" da kredenzt wird. Wilsons Ideale sind die pazifistische Einigung der Völker und die zwangsweise Verhinderung des Krieges. Balfour „beweist" in mehrmals hundert Zeilen seiner Depesche, daß nur die Bedingungen der Entente den Zustand in Europa herbeiführen könnten, den eine internationale Sanktion braucht, um — „den schlimmsten Angreifer zu zwingen, seine Pläne aufzuschieben", nämlich ein beschnittenes Deutschland, ein zerstückeltes Österreich-Ungarn, eine „verbannte" Türkei. Es ist wieder der Gipfel der Unverschämtheit, wie in der Note der Entente selbst. Aber in Balfours Deklamation klingt das alles wie der zwingende Schluß einer logischen Gedankenfolge. Daß der Ausgangspunkt des Ganzen und die stützenden Belege aus der bisherigen Geschichte des Krieges eitel Dunst und Lüge sind, das zu erkennen, müßte ein Richter erstehen, der die Verhältnisse in Europa überschaut, unsere militär-geographische Lage, unsere „Historiker und Philosophen", unsere frühere Friedenspolitik, unsere Akten und Beweise gründlich kennt. Wilson ist nicht dieser informierte Richter. Selbst wenn er wirklich nicht mehr „befangen" in dem berüchtigten anglo-amerikanischen Sinne sein sollte, ist er doch jener uns wildfremde Schottenabkömmling, der Deutschland nicht besucht und Europa nie durchmessen hat. Und darum ist es wahrscheinlich und ihm menschlich nicht einmal zu verübeln, wenn Balfours einseitige und verleumderische Darstellung auf ihn, Wilson, den Eindruck einer gewissen Schlüssigkeit macht. Nur die Schwächung Deutschlands bietet Friedensbürgschaft. Nur die Austreibung der barbarisch gebliebenen und aggressiver gewordenen Türken reinigt Europa. Nur die „Sühne für Belgien" stellt eine gerechte Strafe dafür dar, daß Deutschland die Neutralen schrecken und niederhalten wollte. Und nur der Sieg der Alliierten führt zu sicheren Verträgen, die kein Friedensbrecher mehr zerreißen kann. Gegen solche schlaue Verdrehung und Anbiederung helfen alle Aufklärungen und Gegenfragen des Wolff-Bureaus nichts. Wir haben nicht die Mittel und Töne, um uns dem englisch sprechenden und deshalb im Grunde auch englisch denkenden Präsidenten der Vereinigten Staaten so „verständlich" zu machen, wie dieser Meister heuchlerischer Dialektik, Balfour. Und es ist auch gar nicht nötig. Der Krieg geht weiter mit oder ohne Noten, und es bleibt kein anderer Weg, als durch die Waffen zu beweisen, was durch klug verdrehte Worte unserer Feinde verschleiert werden sollte. Mag Wilson Balfours langen Brief lesen, wie er will und beantworten wann er will: unsere Regierung wird es wohl jetzt vorziehen, zu schweigen und — Hindenburg handeln zu lassen.

Die Räumung Comos.

Es bereiten sich offenbar sehr merkwürdige Dinge vor. Zu der Nachricht von starken Truppenanhäufungen an der französisch-schweizerischen Grenze, welche auf einen Einfall in die Schweiz zur Umgehung des Oberelsaß hinweisen, kommt jetzt die Nachricht von großen Anhäufungen italienischer Truppen an der italienisch-schweizerischen Grenze, welche nach einer Meldung des „Echo de Paris" bereits dazu geführt haben, daß die italienische Stadt Como von der Zivilbevölkerung geräumt werden soll.

Was bedeutet das? So fragt die „Köln. Volksztg.". Mit der angekündigten zehnten Isonzoschlacht kann die Sache nach der geographischen Lage unmöglich zusammenhängen. Sie kann nur damit zusammenhängen, daß Italien einen Einfall in den schweizerischen Kanton Tessin plant, um diesen zu „befreien" und vielleicht den Durchmarsch der Franzosen durch die Schweiz dadurch zu erleichtern, daß starke schweizerische Truppenkörper im Tessin gebunden werden. Die Äußerungen der nicht-ententefreundlichen und nicht-ententeblinden schweizerischen Blätter lassen denn auch klar erkennen, daß man diese Absicht der italienischen Truppenansammlungen völlig durchschaut. Man erkennt jetzt in der Schweiz, daß man aus den Kreisen der Entente nur deshalb die Schweiz immer vor der Gefahr eines deutschen Einmarsches gewarnt hat, um unter diesem Deckmantel selbst eine dahingehende Absicht leichter durchführen zu können.

Wir kommen damit zu einer Enthüllung der italienischen Raubabsicht, wie sie schamloser nicht gedacht sein kann. Die Antwort des Zehnverbandes an Präsident Wilson hat ja wiederum das Recht der „Nationalität" für alle „kleinen und großen" Völker proklamiert. Wenn dieses „Recht" gegen Österreich-Ungarn gilt, kann man es natürlich mit derselben Ungeniertheit auch gegen die Schweiz zur Anwendung bringen. Die Gelegenheit ist günstig! Mehr ist nicht nötig, wenigstens nicht für die vollendete Skrupellosigkeit der gegenwärtigen italienischen Politik. Während Frankreich die Schweiz bei Basel beschäftigt, wird Italien den Tessin fortnehmen. Denn auch das gehört ja längst zu den „geheiligten Aspirationen" Italiens, wie sie von italienischen Blättern längst formuliert worden sind, und der „sacro egoismo", welchen Salandra proklamiert hat, genügt ja vollauf, um diese „Aspiration" jetzt in die Tat umzusetzen.

Gegen Österreich-Ungarn hat man die „geheiligte Aspiration", die ganze slawische Ostküste der Adria zu annektieren, und wenn jemand darauf hinweist, daß das mit dem Nationalitätsprinzip nicht vereinbar ist, so ist Italien rasch bei der Hand mit der Ausführung, daß außer dem „Recht der Nationalität" auch noch „territoriale Abkommen und internationale Regelungen, welche geeignet sind, Land- und Seegrenzen gegen ungerechtfertigte Angriffe zu schützen", angesagt sind. Und wenn seitens der Schweiz darauf hingewiesen wurde, daß von ihrer Seite doch gewiß kein „ungerechtfertigter Angriff" zu befürchten sei, so wird Italien ruhig antworten, daß die Antwort des Zehnverbandes an Präsident Wilson doch auch die „Befreiung" der „Italiener" von der Fremdherrschaft" verlange. Das genügt dann, um den Kanton Tessin, welcher zwar von italienisch redender Bevölkerung bewohnt ist, sich aber im eidgenössischen Staatsverband ganz wohl fühlt, auch gegen seinen Willen zu „befreien". Die Hauptsache ist ja nach der Antwort des Zehnverbandes die Herstellung eines „dauerhaften Regime", bei welchem Italien alles erhält, was die ausschweifende Phantasie seiner Nationalisten und Irredentisten verlangt, ohne Rücksicht auf alle anderen Rechte, Ansprüche und Hoffnungen. Damit haben wir dann die gegenwärtige italienische Raubpolitik in Reinkultur. Wie unter dem Schutze der Mafia in Sizilien kleine Banditen alle ehrlichen Leute brandschatzen, welche ihnen nicht unbedingt zu Willen sind, so plündert Italien unter dem Schutze Englands und Frankreichs alle seine Nachbarn, welche ihm nicht freiwillig abtreten, was sein „„sacro egoismo" begehrt. Aber wenn's Italien jetzt mit seinem „Nationalitätsprinzip" Ernst ist, warum „befreit" es denn nicht endlich Nizza und Korsika, wo doch auch Italiener leben? Napoleon III. benutzte seinerzeit die Kriegshilfe, welche er 1859 den Italienern leistete, um sich Savoyen und Nizza abtreten zu lassen. Warum benutzt Italien jetzt nicht die Hülfsbedürftigkeit des erliegenden Frankreich, um sich Savoyen und vor allem Nizza zurückgeben zu lassen, wenn es die verlangte zehnte Isonzoschlacht schlagen und wenn es Hunderttausende seiner Söhne gegen deren Willen in den Tod treiben soll?

Die Schweiz aber mag sich vorsehen! Sie hat bisher ihre Neutralität ebenso ehrlich und fest gewahrt, wie der König von Griechenland das zu tun bestrebt war. Der Zehnverband hat von Anfang an diese Neutralität der Schweiz ebenso unmutig ertragen, wie die Neutralität Griechenlands. An Griechenland sieht die Schweiz, wie weit der Zehnverband in der Drangsalierung eines ehrlich neutralen Staates zu gehen gewillt ist, wenn es ihm so paßt. Was sich jetzt vorzubereiten scheint, scheint darauf hinzudeuten, daß der Zehnverband in den kommenden Monaten die Rechte der neutralen Schweiz nicht anders zu berücksichtigen gesonnen ist, als bisher schon die Rechte des neutralen Griechenland. Griechenland hat das Unglück gehabt, daß der Verräter Venizelos, während er Ministerpräsident war, dem Dreiverband einen kleinen Finger bieten konnte, als er diesem die Landung in Saloniki gestattete. Von da an schreiben sich alle die Verwickelungen her, welche seitdem das arme Griechenland so entsetzlich zerfleischen. Wir denken selbstredend nicht im entferntesten daran und haben auch nicht die geringste Veranlassung dazu, daß in der Regierung der neutralen Schweiz ein ähnlicher Verräter sitzen könnte, welcher mit derselben Kurzsichtigkeit und Unbesorgtheit einem feindlichen Einfalle die Wege ebnen würde. Aber es wird doch vielleicht nicht überflüssig sein, darauf hinzuweisen, daß die zweifellos tüchtigen und charakterfesten Männer, welche zur Zeit die Geschicke der Schweiz lenken, gut tun werden, den jetzigen Verlockungen seitens Frankreichs und Italiens nicht das kleinste Zugeständnis zu machen, welches ihre moralische Lage schädigen könnte, wenn danach auf Grund des ersten kleinen Zugeständnisses bald die Forderung weiterer größerer und schließlich ganz großer und grundstürzender Zugeständnis erhoben werden würden. Die letzte offiziöse Verlautbarung des schweizerischen Bundesrates besagt: „Der Bundesrat ist nach wie vor davon überzeugt, daß die beiden kriegführenden Parteien auch in Zukunft die Neutralität der Schweiz voll respektieren werden." Der Bundesrat wird daneben aber auch der Überzeugung sich nicht mehr verschließen können, daß diese Achtung der Neutralität der Schweiz, was Frankreich und Italien angeht, zum guten Teil auch von der entschlossenen Haltung der Schweiz selbst abhängen wird, und wir lesen denn ja dann auch dementsprechend, daß der Bundesrat die bereits getroffenen Vorsichtsmaßregeln immer weiter ausdehnt.

Österreich-Ungarn.

Wien, 18. Jan. (WTB.) Der bisher im Ministerium des Äußeren beschäftigt gewesene außerordentliche Gesandte und bevollmächtigte Minister Stephan v. Uaron ist ausersehen, demnächst als Vertreter des Ministers des Äußeren nach Warschau abzugehen, wo er bereits in früheren Zeiten viele Jahre hindurch in amtlicher Eigenschaft tätig war. Der bisherige Vertreter des Ministeriums des Äußeren, Freiherr v. Andrian, wird zur Dienstleistung im Ministerium des Äußeren berufen.

der deutschsprachigen Presse e.V.

Die Wiedervorlage des Fideikommißgesetzes.

Berlin, 17. Jan. Der Gesetzentwurf über Familienfideikommisse, Stammgüter und Familienstiftungen ist dem Abgeordnetenhause wieder zugegangen.

In der Begründung heißt es u. a.: Der Gesetzentwurf geht zurück auf den Ende 1913 vorgelegten Entwurf. Als der Krieg ausbrach, war der Entwurf vom Herrenhaus bereits angenommen, im Abgeordnetenhaus in einer Kommission in erster Lesung durchberaten worden. Der jetzt neu eingebrachte Entwurf unterscheidet sich von seinem Vorgänger namentlich dadurch, daß zwischen den ersten, die Familienfideikommisse betreffenden Teil, und den bisher zweiten, jetzt dritten, die Familienstiftungen betreffenden Teil, ein neuer zweiter Teil über Stammgüter eingefügt ist. Die Vorschriften des zweiten Teils sollen dem kleinern und mittlern Besitz zu der ihm bisher fehlenden Besitzbefestigung in der Familie verhelfen. Der frühere Entwurf hatte den Erlaß derartiger Vorschriften der spätern Gesetzgebung vorbehalten. Durch ihre Aufnahme in den Gesetzentwurf über Fideikommisse wird Wünschen Rechnung getragen, die bei der Beratung 1913 hervorgetreten sind. Im übrigen legt der neue Entwurf in seinen Bestimmungen über Familienfideikommisse und Familienstiftungen im allgemeinen die Fassung des Entwurfs von 1913 nach dem Beschluß des Herrenhauses und der Kommission des Abgeordnetenhauses zugrunde. Die Einbringung der neuen Vorlage in dieser Gestalt ist um so eher möglich, als die Beschlüsse die Grundlagen der Regierungsvorlage nach der rechtlichen wie nach der wirtschaftlichen Seite hin im großen und ganzen unberührt gelassen haben.

Im einzelnen ist hervorzuheben: Für Fideikommißstiftungen hatte der Entwurf von 1913 eine Mindestgröße von 300 Hektar verlangt; dieses Erfordernis ist beseitigt, es soll nunmehr genügen, daß der Grundbesitz eine angemessene Größe hat. Neu ist die im früheren Entwurf fehlende Bestimmung, daß, von besonderen Ausnahmen abgesehen, nur alter, mindestens 30 Jahre in der Familie befindlicher Besitz fideikommissarisch gebunden werden kann. Nach dem neuen Entwurf soll das Flächenkontingent von 10 vom Hundert, das für gebundenen Besitz bereitgestellt wird, nicht mehr, wie nach der frühern Vorlage, von der landwirtschaftlichen Fläche nur des einen Kreises, in welchem der fideikommissarisch zu bindende Besitz liegt, berechnet werden, sondern von der landwirtschaftlichen Gesamtfläche dieses Kreises und der angrenzenden Kreise. Für mindestens 60jährigen Familienbesitz und Fideikommißstiftungen, die besondern öffentlichen Zwecken dienen, galt die Kontingentierung jedoch nicht. Die Widmung und der Zuerwerb wirtschaftlich selbständigen, insbesondere bäuerlichen Besitzes zum Fideikommiß ist zur Sicherung seiner Erhaltung durchgreifenden Beschränkungen unterworfen. Des weitern ist die Fideikommißstiftung auf den Todesfall, die die Vorlage von 1913 zuließ, beseitigt und dafür die Stiftung durch den Testamentsvollstrecker zugelassen. Die Ansammlung einer Verbesserungsmasse, die über zwanzig vorgeschrieben war, ist nicht mehr gefordert, die Aufnahme von Meliorationskredit aber dem Fideikommißbesitzer erleichtert.

Abweichend vom frühern Entwurf ist eine Gesamthaft des Fideikommißvermögens und Allods in den Fällen angeführt, in welchen der Besitzer eine Verpflichtung eingeht, die erkennbar zu machen, für welches der beiden Vermögen sich verpflichten will. Zum Schutze der Allodalgläubiger ist die früher fehlende Bestimmung eingefügt, daß sie auch in einzelne Fideikommißgrundstücke die Zwangsvollstreckung durch Zwangsverwaltung betreiben können. Die Vorschriften des ersten Entwurfs über die Fideikommißzwangsverwaltung sind nach den Beschlüssen des Herrenhauses umgestaltet. Im neuen Entwurf ist demgemäß die „Schutzverwaltung" der früheren Vorlage in die Fideikommißzwangsverwaltung aufgegangen. Die Auseinandersetzung wegen des Fideikommißinventars bei Besitzwechsel ist im Anschluß an das Ergebnis der Verhandlungen im Herrenhause neu geregelt. Die Ausgestaltung der Versorgung, zu deren Sicherstellung die frühere Vorlage die Bildung einer Versorgungsmasse zwingend vorgeschrieben hatte, ist nunmehr der Familie mit der Maßgabe überlassen, daß eine angemessene Versorgung vorgesehen werden muß.

An die Stelle des Familienpflegers, der nach der Vorlage von 1913 durch die Fideikommissionsbehörde zu bestellen war, tritt jetzt die stiftungsmäßig zu bestellende Familienvertretung. Bezüglich der standesherrlichen Hausgüter ist die Geltung der fideikommißrechtlichen Vorschriften, welche der frühere Entwurf bei ihnen mit dem Vorbehalt einführte, daß die Autonomie der standesherrlichen Häuser für ihre familienrechtlichen Verhältnisse bestehen bleiben, insoweit aber auch für ihre Privatfamilienfideikommisse Platz greifen sollte, nunmehr in eine subsidiäre Geltung, die nur beim Fehlen besonderer hausgesetzlicher Vorschriften eintritt, umgewandelt; gleichzeitig sind wegen der Feststellung des Hausguts und wegen seiner Erweiterung besondere Bestimmungen getroffen. Die Vorschriften des neuen Entwurfs über Familienstiftungen erweitern die Bezeichnungsbestimmung der Familienstiftung dahin, daß auch Stiftungen, die nicht nur dem Wohle einer Familie, sondern dem Wohle mehrerer Familien dienen, unbeschadet der Selbständigkeit jeder Familie als Familienstiftungen angesehen werden sollen. Statt der königlichen Genehmigung, die nach der frühern Vorlage zur Begründung, Erweiterung und Aufhebung einer Familienstiftung erforderlich war, soll nunmehr die Genehmigung der Aufsichtsbehörde genügen, wenn das Stiftungsvermögen 250 000 Mk. nicht übersteigt. Schließlich sind auch die Kosten und Stempelbestimmungen entsprechend den bei den parlamentarischen Beratungen gefaßten Beschlüssen abgeändert, insbesondere ist dem Stempelsteuergesetz die gewünschte neue Bestimmung über die Stempelberechnung bei Tarifstellen mit gestaffelten Stempelbeträgen eingefügt. Hiernach stimmt der neue Entwurf im allgemeinen mit dem frühern Entwurf, wie er sich schließlich in den Beratungen der Kommission des Abgeordnetenhauses gestaltet hat, überein.

Die nordischen Staaten.

Der König von Norwegen über die ernste Lage der Neutralen. Christiania, 18. Jan. (WTB.) Bei dem gestrigen Festessen für den neuzusammengetretenen Storthing sagte der König: Ohne Übertreibung kann man sagen, daß die ernsteste Zeit uns noch bevorsteht. Obwohl die verantwortlichen Männer sich ehrlich bestrebten, strenge Neutralität zu beobachten, scheint es, als ob die Forderungen, die an diese gestellt werden, immer weiter steigen. Was aber die Lage anbetrifft, so will ich die innige Hoffnung aussprechen, daß es gelingen möge, das Land auch fernerhin außerhalb der Schrecken des Krieges zu halten, wenn sich alle ihrer Verantwortung bewußt sind.

Norwegens Mangel an Eisenerz. Christiania, 18. Jan. (WTB.) Wie norwegische Blätter übereinstimmend melden, habe die Einfuhr von Eisen nach Norwegen in letzter Zeit so gut wie ganz aufgehört. Auch aus Deutschland sind nur noch vereinzelte kleine Partien eingetroffen. Die norwegische Regierung verhandelt zwar gegenwärtig mit der deutschen über die Freigabe einer kleineren Menge zur Ausfuhr nach Norwegen, aber selbst wenn diese Verhandlungen zu einem günstigen Ergebnis führen würden, würde das kaum viel nutzen. Die vorhandenen Vorräte reichen nur noch für ganz kurze Zeit hin. Aus England und Belgien erhält Norwegen überhaupt nichts mehr. Aus Amerika sei die Einfuhr ganz unsicher. Außerdem sind die Preise infolge der hohen Fracht um 300 Prozent gestiegen. Deshalb befürchtet man in norwegischen Eisenhändlerkreisen, daß, wenn nicht Deutschland Norwegen Entgegenkommen zeige und große Mengen zur Ausfuhr nach Norwegen freigebe, die meisten norwegischen Eisenwerke und Schiffswerften über kurz oder lang den Betrieb bedeutend einschränken und einstellen müßten.

Unterbringung kranker Kriegsgefangener in Norwegen. Christiania, 17. Jan. (WTB.) Hiesigen Blättern zufolge, sind in Norwegen alle Vorkehrungen getroffen, um kranke Kriegsgefangene aufzunehmen. Die aus Deutschland und Österreich-Ungarn sollen in Gehöften und Sanatorien in Baldres und in der Umgebung von Eidsvold untergebracht werden, wo bereits für mehrere hundert Kranke alles bereit steht. Da Frankreich und England das norwegische Anerbieten abgelehnt haben, werden nur deutsche, österreichisch-ungarische und russische Kriegsgefangene in Norwegen Aufnahme finden. (Notiz: Wie wir erfahren, steht die endgültige Zustimmung der russischen Regierung noch aus, dürfte aber in einigen Wochen eintreffen.)

Das Eiserne Kreuz

wurde verliehen:

Reinhard, Vizewachtmeister, Sohn des Oberregierungsrates Reinhard; **Ecke,** Rudolf, Unteroffizier im Reserve-Inf.-Regt. Nr. 56, Sohn des Bez.-Schornsteinfegermeisters H. Ecke; **Thüer,** Theodor, Unteroffizier in einer Sturmabteilung des 5. Armeekorps; **Beckhove,** Jos., Gefr. im Bad. Fußart.-Regt. Nr. 14, Sohn des Werkmeisters Wilhelm Beckhove; **Prinz,** Heinrich, Schütze im Inf.-Regt. 171, Schriftsetzer, inzwischen gefallen; **Dillenh,** Bernard, Grenadier im 1. Garde-Regt. zu Fuß, Sohn des Oberpostschaffners Gerh. Dillenh (Schillerstr. 57); **Kroos,** Heinrich, Eisenbahnschaffner (Heisstr. 53), Münster.

Finke, Heinr., Offiziers-Aspirant, aus Warendorf.

Eßmann, Paul, Gefreiter im Res.-Feldart.-Regt. 15; **Davib,** Bernard, Ersatz-Reservist, zurzeit im Res.-Laz. Bergmannsheil, Bochum, aus Bulbern.

Wichmann, Feldunterarzt, Sohn des Gutsbesitzers Wichmann gent. Speller, zu Hopsten.

Hengefeld, Hans, Gefr. im Res.-Inf.-Regt. 56, aus Anholt.

Bödding, Heinr., Gefr. im Inf.-Regt. Nr. 400 aus Hemden.

Das Eiserne Kreuz am weiß-schwarzen Bande:

Seibel, Hans, Zahnarzt, Leiter des Lazaretts für Kiefer-verletzte, zu Münster.

Der Eiserne Halbmond:

Kettermann, Joseph, in der Kraftfahrer-Formation 514, aus Hamm, unter gleichzeitiger Beförderung zum Gefreiten.

Kirchliches.

Die diesjährigen Firmungsreisen. Im laufenden Jahre soll das hl. Sakrament der Firmung in folgenden Dekanaten gespendet werden: Cleve, Cloppenburg, Datteln, Recklinghausen und Steinfurt. Außerdem soll eine außergewöhnliche Spendung der hl. Firmung stattfinden in den Dekanaten Duisburg und Hamborn.

Aus der Stadt.

Münster, 19. Januar.

△ **Die englischen Anfeindungen deutscher Kolonial-, Flotten- und Weltpolitik** behandelte am Mittwoch abend im Auditorium maximum der Universität Schriftsteller Paul Dehn aus Berlin in einem Vortrage, zu dem auf Einladung der Abteilung Münster der deutschen Kolonial-Gesellschaft eine stattliche Zahl von Damen und Herren sich eingefunden hatte. In anschaulicher Weise schilderte der Redner das Streben der englischen Regierung, die ihr durch die geographische Lage gebotenen Vorteile in der Oberherrschaft zur See auszunutzen. Dieses Streben sei an sich berechtigt und erklärlich, doch gehe das Ziel Englands so weit, daß es die Alleinherrschaft zur See erreichen und alle Völker sich dienstbar machen wollte. Jede Entwicklung eines anderen Staates erfüllte Albion mit Argwohn und Neid in der Erwägung, daß sie Gefahren um seine Oberherrschaft in sich schließen könnte. Namentlich war England die deutsche Kolonialpolitik und die Vergrößerung der deutschen Flotte ein Dorn im Auge. Als aber Deutschland gar an den Bau der Kriegsschiffe ging, da steigerte sich Englands Ärger zur Erbitterung, die dazu führte, daß es die übrigen Staaten — für dessen Wohlergehen es ja bekanntlich sehr besorgt ist, wie der gegenwärtige Krieg zeigt — gegen Deutschland aufstachelte und ihnen die dadurch entstehenden „Gefahren" in grellstem Lichte vor Augen führte. Deutschland wollte Gleichberechtigung neben England, und das lehnte dieses ab. Es suchte Deutschland zur Einstellung der Schiffsbauten zu zwingen, da sie eine „Bedrohung des europäischen Friedens" bedeuteten. König Eduard VII. beschäftigte sich eifrig mit dem Plan, einen Bündnisvertrag mit Japan, Frankreich, Rußland usw. abzuschließen, um Deutschland diplomatisch matt zu setzen und niederzuhalten. Nach Überwindung mancher Widerstände brachte er nach und nach den Großbund gegen Deutschland zustande, durch den der Friede gesichert werden sollte. Aber es unterliegt keinem Zweifel, daß König Eduard den Weltfrieden niemals mehr gefährdet hat, als durch sein Bestreben, ihn zu festigen. Schon 1905 und 1911 verdunkelte sich der politische Horizont bedenklich, doch kam es nicht zum Kriege, weil — wie Lord Beresford damals sagte — England noch nicht dazu eingerichtet war. Der Mord von Serajewo brachte ihm willkommene Gelegenheit, den Vernichtungsschlag gegen Deutschland zu führen. Wie England dies geglückt ist, ist bekannt durch die Taten unserer wackeren U-Boote, deren Kühnheit und Tatendrang es am eigenen Leibe erfahren hat. Englands Oberherrschaft ist noch nicht gebrochen, aber sie tritt nicht mehr so zu tage, wie es Englands Machtstellung entspricht. England konnte seine Küsten nicht vor Angriffen schützen, es konnte die deutsche Flotte nicht besiegen, und darin, daß es mit seiner Hauptkraft nicht hervortritt, weil es sie nicht aufs Spiel setzen will, liegt seine Niederlage. Für uns, so schloß Redner, heißt es: Durchhalten; das Heer ist unser Beschützer, die Flotte unser Befreier, von dem Willen zum Siege sind unsere Feldgrauen erfüllt, und wir werden siegreich bleiben bis zum Ende eines Krieges ohne gleichen! In der an den Vortrag sich anschließenden Vorführung von Lichtbildern durchwanderten die Zuhörer interessante Gebiete des Balkans und berührten auch die Stätte des gegenwärtigen Ringens in Rumänien. Den Schluß bildeten Schlachtenbilder vom Skagerrak, die lebhaftes Interesse fanden. Die Anwesenden folgten den Darbietungen des Vortragenden mit gespanntester Aufmerksamkeit und dankten ihm durch herzlichen Beifall.

Vermischtes.

Düsseldorf, 18. Jan. (WTB.) Die Bezirks-Preisprüfungsstelle für den Regierungsbezirk Düsseldorf hat veranlaßt, daß, um der wucherischen Steigerung der Kohlenpreise entgegenzutreten, in den letzten Tagen scharf die Kohlen-Groß- und Kleinhandlungen polizeilich kontrolliert werden. Kohlenvorräte, hinsichtlich welcher sich der Händler eines Wuchers schuldig gemacht hat, sind zu beschlagnahmen und der schuldige Händler zu verhaften und dem Amtsgericht zuzuführen.

* **Vor einem Jahre,** 19. Jan. 1916. An der bessarabischen Grenze setzten neue heftige Kämpfe ein, zwischen Toporoutz und Bojan mußten die österreichischen Truppen zähe Anstürme überlegener russischer Kräfte abschlagen, mehrmals drangen die Russen in österreichische Schützengräben, aus denen sie immer wieder hinausgeworfen wurden; die russischen Verluste waren derartig groß, daß sie nun notgedrungen eine Kampfpause eintreten lassen mußten.

* △ **Das Reutersche Depeschenbureau in — Deutschland.** Uns wird geschrieben: Daß Werner v. Siemens, der Erbauer der ersten europäischen Telegraphenlinie (1849) gewissermaßen als der geistige Urheber des „Reuterschen Depeschenbureaus" gelten kann, das sich als Londoner Lügenzentrale im Laufe der Zeit so glänzend bewährt hat, ist schon öfter erwähnt worden. Als der berühmte Pionier der Elektrotechnik und Begründer der Weltfirma Siemens-Halske die Telegraphenlinie Berlin—Köln—Verviers ausführte, bestand noch zwischen Köln und Brüssel eine Taubenpost zur schnellen Übermittlung von Nachrichten, die von einem Herrn Reuter unterhalten wurde. Der sah sich durch den Bau der Telegraphen in seiner Existenz bedroht; Frau Reuter wandte sich an Siemens, der ihr riet, in London ein telegraphisches Depeschenbureau zu errichten. Bald darauf wurde denn auch das Reutersche Bureau ins Leben gerufen. Fast gänzlich unbekannt dagegen ist, daß sich Reuter bereits in den 60er Jahren in Deutschland festsetzen wollte, aber in der preußischen Regierung einen entschiedenen Gegner fand. Damals wurde das bereits einige Jahre vor Reuter durch Justizrat Siemens und Wolff gegründete Wolffsche Telegraphenbureau unter tätiger Mitwirkung der Regierung in eine Aktiengesellschaft umgewandelt. In einer an den Inhaber des Bureaus gerichteten Kabinettsordre hatte der König unterm 4. Mai 1865 die Umwandlung nachdrücklich empfohlen und auch Finanzleute mit Namen aufgezählt, auf deren Unterstützung zu rechnen sei. Der Monarch führte aus, es solle dem Institute „eine ähnliche Ausdehnung gegeben werden, wie sie eine englische Aktiengesellschaft (Reuter) zu tun im Begriffe stehe." Das Schreiben schließt mit den Worten: „Es scheint Mir so wichtig und notwendig, daß in Preußen ein deralelchen Institut kreiert werde, um dem englischen entgegentreten zu können." Im Sommer 1867 suchte nun Reuter bei der preußischen Regierung um die Genehmigung zur Errichtung von Zweigbureaus in Berlin und Frankfurt nach. Sie wurde ihm aber verweigert, und zwar mit der Begründung: „Weil das Reutersche Institut als ein englisches Unternehmen keine Garantie für eine den preußischen Interessen entsprechende Behandlung des telegraphischen Zeitungsstoffes bieten könne." Reuter, der den telegraphischen Nachrichtendienst durchaus monopolisieren wollte, glaubte, durch eine Schiebung zum Ziele zu gelangen. Deshalb veranlaßte er den preußischen Hofrat a. D. Alberts, der lange bei der preußischen Gesandtschaft zu London tätig gewesen, ein anscheinend selbständiges Unternehmen ins Leben zu rufen. Es kam 1867 zur Gründung des „Telegraphischen Bureaus für Norddeutschland". In Wirklichkeit war es nur eine Zweianiederlassung von Reuter. Die Schiebung wurde bald entdeckt, und schon 1868 mußte Alberts den Betrieb einstellen.

Briefkasten.

F. K. 17. Da die Fleisch-Selbstversorger die Hälfte des erschlachteten Fleisches „fleischkartenfrei" behalten dürfen, können Sie tatsächlich mit einem Wochenverbrauch von etwa 500 Gramm = 1 Pfund Fleisch rechnen. Diese Zahl schwankt aber im Einzelfalle je nach der Schwere des geschlachteten Schweines einerseits und der Zahl der Haushaltungsangehörigen andererseits.

G. K. 28. Schweinemastgenossenschaften, durch welche eine Anzahl von Privatpersonen gemeinsam Schweine mästen, sind in Münster und dem Münsterland nicht vorhanden. Bei den geringen zur Verfügung stehenden Futtermitteln ist auch eine gute Mast auf diesem Wege kaum zu erreichen, vielmehr ist durch Einzelhaltung und Mast unter Ausnutzung der Abfälle eigener Haushaltung eine sichere und bessere Ausmästung und Verwertung der Futtermittel zu erreichen.

H. E. 100. 1. Eine Kriegerwitwe mit zwei Kindern, die eine Kriegsunterstützung von 700 Mk. jährlich bekommt, kann nicht zur Einkommensteuer herangezogen werden. 2. Ein Vater, der 1400 Mk. Einkommen, vier Söhne im Felde und vier Kinder zu Hause hat, kann nicht unter allen Umständen Kriegsunterstützung mit Erfolg beantragen.

F. B. Eine Beantwortung Ihrer Anfrage ist im Briefkasten nicht angängig. Die gewünschte Auskunft wird Ihnen auf dem Lebensmittelamt (Zimmer 66 des städtischen Verwaltungsgebäudes) erteilt.

A. B. Die Felddienstfähigkeit kann nur vom untersuchenden Arzt festgestellt werden. Besondere Grundsätze können, besonders während der Kriegszeit, nicht angegeben werden. Die Beförderung wird von den zuständigen Vorgesetzten ausgesprochen werden, ein Anspruch auf Beförderung besteht nicht.

E. A. 16. Lengerich. 1. Wir empfehlen Ihnen, Anfang März ds. Js. bei der dortigen Gemeindebehörde die Gewährung der Aufmandsentschädigung für den 3. und 4. Sohn für den Rest ihrer gesetzlichen Dienstzeit zu beantragen. Es wird bemerkt, daß die Aufwandsentschädigung nur auf Verlangen an diejenigen Familien gezahlt wird, von denen Söhne nach Ableistung ihrer gesetzlichen Dienstpflicht im Heer, in der Marine oder Schutztruppe als Unteroffiziere oder Gemeine eine Gesamtdienstzeit von 6 Jahren zurückgelegt haben, für jedes weitere Dienstjahr eines jeden seiner gesetzlichen Dienstpflicht genügenden Sohnes in denselben Dienstgraden. 2. Die Löhnung für den in Gefangenschaft befindlichen Sohn darf Ihnen nur dann gewährt werden, wenn dieser als Ihr Ernährer anzusehen ist. Dies dürfte aber wohl nicht anzunehmen sein. Zum Zwecke der Unterstützung Ihres Sohnes darf die Löhnung an Sie nicht gezahlt werden.

A. B. 100. Da eine bestimmte Todesnachricht noch nicht eingetroffen ist, sind Sie zur Weiterzahlung der Prämien verpflichtet. War ihr Mann schon längere Jahre versichert, so haben Sie ein Guthaben bei der Gesellschaft. Fällt Ihnen die Prämienzahlung schwer, so beantragen Sie eine Vorauszahlung, und begleichen Sie damit die fälligen Prämien. Wird später festgestellt, daß der Todesfall schon im Jahre 1914 eingetreten ist, so wird Ihnen die nach dieser Zeit gezahlte Prämie zurückgezahlt. Eventuell können Sie auch nach der Bekanntmachung vom April 1916 betr. die Todeserklärung Kriegsverschollener im Wege des Aufgebotsverfahrens den Vermißten für tot erklären lassen. Auf Grund dessen würde die Versicherungssumme fällig werden.

Hauptredakteur **Rudolf Stricthelt.** — Es verantworten: den redaktionellen Teil **Paul Koene,** die Reklamen und Inserate **Anton Busch,** alle in Münster. — Druck und Verlag der **Aschendorffschen Buchhandlung** in Münster.

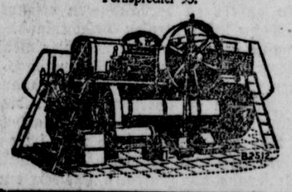
Rasche Hilfe — Doppelte Hilfe!

HEINRICH **LANZ** MANNHEIM

Vertreter für den Reg.-Bez. Münster.

JOS. VETHACKE, Münster (Westf.)

Fernsprecher 93.



Fehlende oder nicht ausreichende **BETRIEBSKRAFT** behebt man am durch **schnellsten und zweckmäßigsten** **LANZ-LOKOMOBILEN**

Heißdampf mit Ventilsteuerung „System Lentz" stationär und fahrbar bis 1000 PS.

Altdeutsche Bierhalle, Münchener Mathäserbräu

am Roggenmarkt 14. Inh. **Georg Jacobi**

Gute Verpflegung bei mässigen Preisen.

„Westfalenbräu-Pilsener" dem echten ebenbürtig.

„Mathäserbräu", Münchens beliebtestes Bier.

Gesellschaftsräume im 1 Stock.

Extrahosen, neu und wenig getragen, als Gelegenheitskauf. a*

Carl Rütter senior Krummertimpen 17—19.

Ich kaufe nur Montag, 22. Januar, von 1 bis 7 Uhr nachmittags, alte, auch zerbrochene **Zahngebisse** in Kautschuk und Metall, zahle für den Zahn bis 1 M. für Platin Gramm M. 7.00 im Hotel Westfälischer Hof, Zimmer No. 14. Frau B. Wagner aus Hamburg. Berechtigte Ankäufe.in.

Preisermäßigung auf einen Posten echter **Wiener Damen-Velourhüte.** **Otto Liessem** Fernruf 2038 Salzstraße 14/15. ß*



Gelegenheitskauf. **Grösserer Posten Wintermützen** für Herren und Knaben (Friedensware) zu bekannt billigen Preisen. ß2 **Barellas Mode-Haus** Tel. 555 „Zum Adler" Salzstr. 24.

Kunststopferei Rothenburg 3. Herren- und Damengarderoben, Uniformen, Teppiche und Gewebe aller Art, welche irgendwie beschädigt, werden kunstvoll, der Webart entsprechend, billigst wieder hergestellt. m2

Holzverkauf. Montag, den 29. Januar, morgens 10 Uhr anfangend, sollen in der Brennheege **70 schwere Eichen und Buchen** b. zu 60 Ztm. Mittendurchmesser und über 20 Meter lang, meistbietend verkauft werden. Das Holz steht an sehr guter Abfuhr, 2 Klm. vom Bahnhofe Selm. Haus Saudfort b. Olfen, Bahnstation Selm, d. 16. Jan. 1917. Gräflich von Wedelsche Rentei.

Wohnungs- und Stellen-Anzeiger.

An dieser Stelle tritt für Anzeigen **aus Münster bei sofortiger Bezahlung** der ermäßigte Preis von 10 Pfg. für den Spaltenraum von 2,2 mm Höhe (Raumhöhe) ein. Die nicht volle Raumhöhe wird mit 5 Pfg. berechnet.

Gesuchte Wohnungen

Wohnung, 3 Zimmer, Küche und Zubehör, Gas od. elektr. Licht, von 300 400 Mk. zum 1. April zu mieten gesucht. Off. erb. unter B E 74 an die Geschäftsstelle ds. Bl.

Schönes geräumiges **Einfamilienhaus,** Überwasser oder Kreuzviertel, z. 1. April od. 1. Oktober zu mieten gesucht. * Offerten unter M O 84 an die Geschäftsstelle ds. Bl.

Ladenlokal mit Wohnung z. 1. 4. 17 zu mieten gesucht. Hammerstraße bevorzugt. Offerten unter L L 162 an die Geschäftsstelle ds. Bl.

Offene Stellen

Zum 1. April suche ein bess. **Zweitmädchen,** welches schon Hausarb. verrichtet hat. Frau Fritz Werth, Emsnetten. a2

Fleißiges, sauberes a2 **Dienstmädchen** bei guter Kost und Familienanschluß zum 1. 4. 1917 gesucht Frau H. Pütter, Ahaus, Bahnhofstr. 146.

Suche zum 1. April ein braves, kath., ordentl. Mädchen für Küche und Haus. a2 Frau Apotheker Laureck, Burgsteinfurt in Westf.

Sofort ein im Kochen und Hausarbeit **erfahr. Mädchen** oder alleinsteh. Kriegerfrau ges. Frau Louis Scheiberg, Salzstraße 31.

Suche zum 1. Febr. **besseres Mädchen** zu einem 2jähr. Kinde, d. näh. kann u. etwas Hausarb. übernimmt. Vorst. zw. 10 u. 12 u. nach 8 Uhr abends. Frau Reg.-Assessor Goedecke, Grevenerstr. 44, I. Etg.

Suche zum 1. Febr. kath. »» Mädchen «« für Haushalt nach Elberfeld. Näheres bei Frau Geheimrat Pens, Melchersstr. 5.

Kath. Mädchen aus guter Familie nicht unter 18 Jahren zum Bedienen der Gäste und leichte Hausarbeit zu Februar gesucht. Gute Zeugnisse erforderlich. Persönliche Vorstellung erwünscht. Frau Leisten, Bahnhofs-Hotel, Recklinghausen. *

Suche zum 1. oder 15. Febr. tüchtiges, zuverl. kath. **Mädchen** nicht unter 20 Jahren f. Küche und alle Hausarbeit. Haushalt von 2 Personen. Mädchen vom Lande, die schon im Geschäftsh. gewes. sind, bevz. Gute Zeugn. Bedingung. Frau H. Schild, Möbelhdlg., Haltern i. Westf.

Zu drei Kindern, Alter 6, 4, 1½ J., erfahrenes **kath. Fräulein,** das nähen und bügeln kann, gesucht. Frau Dr. Schneider, Ensen a. Rh., b. Köln.

Frauen und Mädchen gesucht. Dampfwaschanstalt „Tadellos", Mecklenbeckerstraße 113.

Suche zum baldigen Eintritt wegen Verheiratung des jetzigen ein braves, ehrliches, **kath. Mädchen** vom Lande für Haus- u. landwirtschaftl. Arbeiten. Lohn nach Übereinkunft. Heinrich Korthaus, Korthausen bei Sinsen, Kreis Recklinghausen.

Gesucht zu sofort tüchtiger **Friseurgehülfe** oder Volontär. Gutes Gehalt b. fr. Station; daselbst ein Lehrling gesucht, am liebsten schon angelernt. Friseur Louis Bell, Rheine i. W. *

Suche zum 1. oder 15. Februar ein tüchtiges az **Dienstmädchen.** Selbiges muß auch melken können „1 Kuh". Lohn nach Übereinkunft 250 bis 300 Mk. Theod. Erning, Stadtlohn i. W. az

Zuverl. kath. Krankenwärter und Schuster sucht Krankenhaus der Dominikanerinnen Düsseldorf-Heerdt. Persönl. Vorstellung Beding.

1 Brenner, der Apparat, Maschine u. Kessel zu bedienen versteht, wird für eine landwirtschaftliche Kornbrennerei in der zur Zeit Melasse verarbeitet wird, zur Aushilfe für einige Monate gesucht. Offerten mit Zeugnissen, Angabe von Referenzen u. Gehaltsansprüchen erbitten az J. B. Berentzen, G. m. b. H., Haselünne i. Hann.

2 Stielmachergehülfen für dauernde Beschäftigung gegen hohen Lohn gesucht. * Wwe. Wilh. Ellermann, Datteln.

Tücht. Bäckergehülfe gegen guten Lohn für sofort od. baldigst gesucht. * Carl Meyer, Salzbergen.

Erfahrener **Verwaltungsgehilfe** zum möglichst baldigen Eintritt gesucht. Kriegsbeschädigte bevorzugt. Bewerbungen unter Angabe der Gehaltsansprüche umgehend erbeten. Rotulu, den 15. Jan. 1917. Der k. Amtmann: Kalbhen.

Zum Bedienen der Schreibmaschine junger **Mann oder Dame** für sofort gesucht. Zu melden Militär-Neubauamt Trainkaserne, Junkerstr. 9, I. Etage.

An- und Verkäufe

Suche einen guterhaltenen * **gebraucht. Bäckerwagen** B. Aldmann, Emsdetten.

Suche für mehrere az **Anzüge u. Kostüme** gute Friedenswaare, am liebsten schwarz oder blau zu kaufen. Offerten unter J J 100 an die Geschäftsstelle.

Standuhr, holländische, sehr gut erhalten, mit lautem Schlag und gutem Uhrwerk zu kaufen gesucht. Eduard Giesen, Rheydt, a2 Friedr. Wilhelmstr. 115.

Weg. Betriebsveränderung **4pferd. Gasmotor** (Deutz) mit zugehörig. Rohren usw. zu verkaufen. * Brauerei Mackenbrock, Münster, Agidiistraße Nr. 47.

Für Bäcker. Eine guterhaltene Knetmaschine mit Handbetrieb billig zu verkaufen. * Offerten unter O O 3461 an die Geschäftsstelle ds. Bl.

Guterhaltene **Saloneinrichtung** preiswert zu verkauf. Näheres zu erfahren in der Gesch.

Mittelschw. Pferd, 1 Dogkart, 2 Pferdegeschirre zu verkaufen. Zu erfr. Geschäftsst.

Gesuchte Stellen

Junges Mädchen sucht z. 1. April Stelle als Verkäuferin in einem Kolonialw.- od. ähnlich. Gesch. Leichte Hausarb. übern. dies. gern nebenbei. Th. Griesskamp, Beckum, Kampstr.

Kriegerfrau mit guter Handschrift wünscht schriftliche Arbeiten im Hause zu übernehmen. Off. u. F F 59 an die Geschäftsstelle ds. Bl.

Für meinen Sohn suche ich zum 1. April od. auch früher Lehrstelle in Klempnerei und Installationsgeschäft. W. Kötte, Oelde (Westf.)